

Wer die Mülheimer Verkehrsplaner öffentlich als "totale Versager" bezeichnet, muss über 800 € Strafe zahlen! Kein Karnevalscherz! Ein Stück aus dem Tollhaus oder viel ernster? Wo leben wir hier in Mülheim eigentlich?

aus der Heimatstadt von Ministerpräsidentin Kraft, Ministerin Steffens und vieler anderer Honoratioren/innen aus Politik und Wirtschaft:

Im Rahmen des B-Plans „Straßenausbau Klöttchen – Innenstadt 34“ einzig für „Ruhrbania Baulos 3“ (s.u.) fand am 23. Mai d. J. eine Bürgerversammlung statt. Die jahre- bzw. jahrzehntelang aufgestaute Wut vieler Klöttchen-Anwohner (mehr s.u.) entlud sich teilweise in Beschimpfung der Stadtplaner als Laienspielschar, totale Versager u.ä., wobei die harsche Kritik nicht nur den Klöttchen betraf, sondern die gesamte Mülheimer Innenstadt-Verkehrsführung und vor allem den Abriss der overflies an der Nordbrücke anprangerte. So sehr die Wut mancher dauergestresster Bürger verständlich war, so waren auch manche Formulierungen sicher nicht gerade der feinste Umgangston. Doch wenn es um die Mülheimer Verkehrsführung geht, hört man ähnliche Worte von vielen Mölmschen Bürgern, auch von denen, die nicht tagtäglich wie die Menschen vom Klöttchen darunter direkt leiden müssen.

An der Öffentlichkeit und zumindest Teilen der Politik vorbei geschah dann folgendes: Die Verwaltung (der „öffentliche Dienst“) stellte gegen einen der Bürger Ende Juni Strafanzeige. Quasi im Schnellverfahren nach einmaliger Anhörung erhielt dieser von der Staatsanwaltschaft Duisburg Anfang Sept. bereits einen Strafbefehl über 750 € plus Verfahrenskosten, also über 800 €. Seine „Straftat“ bestand hauptsächlich darin, dass er die Stadtplaner als „totale Versager“ bezeichnet haben sollte. Der Beschuldigte zahlte schließlich, um sich den Stress von langwierigen und teuren Gerichtsverfahren zu ersparen.

Unabhängig von der Frage, wieso die StA Duisburg in diesem Fall so schnell und eindeutig war, während sie alle Anzeigen gegen Mülheimer Verantwortliche seit vielen Jahren regelmäßig niederschlug (ob bei Baganz („kein Anfangsverdacht(!) unfassbar“), bei den Parteispenden von Trienekens, bei Rixecker, bei weiteren unsauberen Grundstücksgeschichten, bei den Samthandschuhen zu Yassine oder Bremekamp, der Nichtuntersuchung bei Bultmann und Möhlenbeck, bei etlichen Veruntreuungsvorwürfen von swaps bis Gebühren u.v.v.m.), ist es u.E. höchst bedenklich, was hier geschah. Wenn also aufgebrachte Bürger, weil sie über Jahre vera. und massiv benachteiligt werden, in einer Bürgerversammlung, d.h. bei Ausübung ihres Rechts auf Bürgerbeteiligung, nicht die richtigen Worte benutzen, werden sie bestraft. Was für ein Staats- und Demokratieverständnis steckt denn dabei dahinter? Erschreckend! Dazu passt übrigens die Flut von Strafanzeigen der Stadtspitze auch gegen MBIler, die z.T. haarsträubend waren und sind und eingestellt werden mussten. Nicht zu vergessen auch die hochnotpeinliche Geschichte des „Karikaturenstreits auf Mölmsch“, bei der die StA Duisburg für die angeblich beleidigte OB Gerichtsverfahren (beim AG Mülheim und LG Duisburg sogar erfolgreich!) gegen einen MBI-Aktiven anstrebte, was schließlich beim OVG logischerweise niederschmetternd für OB und StA zerrissen wurde. Doch diese Unsitte der politischen Auseinandersetzung steht auf einem anderen Blatt als das repressive Vorgehen gegen Bürger.

Wenn die Stadtspitze wegen jedem querliegenden F.. zur Staatsanwaltschaft geht, erreicht sie auf Dauer vielleicht vorübergehend eine gewisse Friedhofsstille, doch das wäre für die finanziell und städtebaulich fast vor die Wand gefahrene Ruhrstadt erst recht verheerend!

Die leeren Bänke beim „Bürgerhaushalt“ oder bei der Neuauflage der dilettantischen Nahverkehrspläne sind besorgniserregend genug, ähnlich der dramatisch niedrigen Wahlbeteiligung bei der OB-Wahl in Duisburg oder der Neuwahl in Dortmund. Manche Lokalfürsten/innen in kriselnden Teilen des Westens von Deutschland sollten sich lieber darauf besinnen, dass ihre Verwaltungen doch einzig von öffentlichen Geldern leben und als öffentliche Diener/innen nicht auf der Gegenseite der Bürger stehen, selbst wenn diese ihre „Wohltaten“ nicht einsehen oder akzeptieren wollen. Noch so viele Bürgerempfänge oder Ehrenabzeichen machen eine Demokratie nicht lebendiger! Und in der realen Krise, in der insbesondere die Ruhrgebietsstädte stecken, wird eine lebendige Demokratie mehr gebraucht denn je! Sonst droht die Demokratie unterzugehen wie die DDR.

Mit Kanonen auf Spatzen zu schießen hat übrigens noch nie Probleme gelöst, Verkehrsprobleme wie am Klöttchen am allerwenigsten.

L. Reinhard, MBI-Fraktionssprecher, auch auf die Gefahr hin wegen zu offener Meinungsäußerung eine Vorladung bei der StA zu erhalten

P.S.:

Vertreter dieser Mülheimer Obrigkeit, sprich Verwaltung, haben übrigens Klöttchianern, die beim Gespräch im Amt auf die Grundstücksprobleme für den Straßenausbau hinwiesen, auch schon mal erklärt, das würde sich ohnehin biologisch erledigen, denn die Stadt hätte immer Vorkaufsrecht. Auch dieser Zynismus ist nicht gerade die feine englische Art. Nur könnte kein Bürger, wenn er sich davon beleidigt fühlen würde, seine Strafanzeige gleich mit 7 untergebenen, abhängig Beschäftigten als Zeugen anreichern!

Der Strafbefehl gegen den Klöttchen-Anwohner, der die Mülheimer Verkehrsplaner als „totale Versager“ bezeichnet haben soll, ist keine alltägliche Geschichte, sollte sie hoffentlich auch nie werden können!

Die für die Demokratie gefährliche Grundstimmung „Die da oben machen doch eh, was sie wollen“ wird durch derartige obrigkeitsstaatliche Strafaktionen gegen vermeintlich aufmüpfige Bürger erst recht verursacht ! Es geht der Stadt damit auch darum, Kritik möglichst verstummen zu lassen, um ungestörter von vermeintlich lästigen Bürgern die Stadt „entwickeln“ zu können. Genau das ist einer lebendigen Demokratie abträglich!

Obenstehende Presseerklärung haben die MBI u.a. an die WAZ in Mülheim geschickt. Die WAZ machte daraus einen Artikel, in dem allerdings keines der Wörter Mülheimer Verkehrsführung oder Klöttchen oder Bürgerversammlung o.ä. vorkam, und verschwieg so dem Leser den Anlass für die Strafaktion völlig. Dafür bestand der weitaus größte Teil des Artikels aus den Kommentaren des Personalratschefs der Stadtverwaltung. Dieser beschwert sich über zunehmende Aggressivität der Bürger gegenüber den städt. Bediensteten und er sieht juristische Schritte als „betriebliche Gesundheitsförderung“ an. Die MBI werden kurz zitiert, dass sie lebendige Demokratie als gefährdet sähen durch diese Strafmaßnahme. Der WAZ-Artikel wurden in WAZ und NRZ abgedruckt, nur mit unterschiedlicher Überschrift: WAZ „750 Euro für „totale Versager“, NRZ „Manche Bürger vergreifen sich zunehmend im Ton“ Der Artikel verharmlost leider den Vorfall, denn:

1. Der Bestrafte hatte niemanden als Person beleidigt, sondern die Verkehrspolitik von Verwaltung und Politik insgesamt. Damit sprach er im Übrigen vielen Mülheimern und noch mehr Auswärtigen aus der Seele, denn „totale Versager“ bzgl. Mülheimer Verkehrsführung ist noch eine harmlose Darstellung dessen, was über die Mölmsche Verkehrsführung des öfteren gesprochen wird.
2. Nicht der Personalrat, sondern die Stadtspitze hätte begründen müssen, warum genau sie Strafanzeige gestellt hat. Bei der Bürgerversammlung zu noch mehr Verkehr im Klöttchen war allseits vorher bekannt, dass diese Pläne deutlichen Unmut erzeugen mussten. In der Bürgerversammlung selbst war aber kein Dezernent, nicht einmal der oder irgendein Amtsleiter zugegen. Man hatte untergeordnete Beschäftigte geschickt, die die verständliche und absehbare Verärgerung der Menschen über sich ergehen lassen mussten.

3. Bei der Beschimpfung der Mülheimer Verkehrsplaner insgesamt als „totale Versager“ handelt es sich u.E. um erlaubte freie Meinungsäußerung, die laut Artikel 5 des Grundgesetzes erlaubt sein müsste, weshalb die Staatsanwaltschaft eigentlich nicht derart schnell und eindeutig hätte bestrafen dürfen. Dass die Äußerung zudem in einer offiziellen Bürgerversammlung als Redebeitrag geäußert wurde, unterstreicht dies.
4. Der Klöttschen-Anwohner wurde u.E. stellvertretend für viele andere Mülheimer Bürger bestraft, damit sie vorsichtiger mit Kritik gegenüber politischen Fehlentwicklungen umgehen sollen, wenn sie keine deutliche Strafe riskieren wollen. Alleine auf der besagten Bürgerversammlung zum Klöttschen-Ausbau waren viele der noch nicht vertriebenen Anwohner sehr aufgebracht, was man bei der jahrzehntelangen Leidensgeschichte sehr gut nachvollziehen können muss. Der Strafbefehl ist eine völlig überzogene, unangemessene Reaktion auf harsche Kritik.
5. Es ist ohnehin vor allem der nicht selten ignorante Umgang der Stadt mit den alteingesessenen Mülheimer/innen, häufig auch Umwelt- und Baumschützern, der nachdenklich stimmen sollte.

Die einschneidenden Veränderungen der Stadt für Ruhrbania und durch ungehemmten Wohnungsbau trotz schrumpfender Einwohnerzahl haben ihre Stadt nicht verbessert und die Identifikation mit ihrer Heimatstadt erschwert. Rabiante Gebührenerhöhungen, Millionenverluste durch Zinswetten, Verkauf der Feuerwehr als Finanzprodukt, Schulden in Milliardenhöhe, Filz- und Korruptionsfälle in Serie, schlechter Zustand des ÖPNV, Geheimniskrämerei um Gutachten, Millionenverluste u.v.m. taten ein Übriges, um das Vertrauen in die Seriösität der Stadtentwicklung und –politik weiter zu erschüttern. Die Vorgehensweise „der Stadt“ zur Durchsetzung ihrer Pläne wird dagegen immer unsensibler und rücksichtsloser. Selbst Enteignung wie beim U 17 Fünterweg/Honigsberger Str. ist kein Tabu mehr, viele schöne Stellen der Stadt wurden bereits privatisiert, zugebaut oder sollen noch verschwinden, ob Stadtbad mit Rio-Kino und Laubengang, Gartendenkmal Ostruhranlagen, der Kahlschlag von ca. 200 Innenstadtbäumen nur für Ruhrbania, die geplante Verschandelung des Aufgangs von der Mausefalle durch das Petrikirchenhaus, die Bebauung der Grünfläche der ehemaligen Gärtnerei Hansastr., der Verkauf der Jugendherberge, das Landschaftsbild von Oppspring/Tilsiter Str., Schlippenweg oder fast am Ortseingang Mendener Straße u.v.m.. Außer bei letzterem wurden und werden die Bürgereingaben fast immer recht gnadenlos übergangen, wie etwa bei Tilsiterstr., Fünter-, Fänger- oder Postreitweg und etlichen anderen Bauprojekten, bei der Umwandlung der Speldorfer Sportplätze oder der noch geplanten beim Sportplatz von-der-Tann-Str. auf Kosten der Styruer Schüler uswuf..... Der letzte Planungsausschuss am 20. Nov. war erneut ein sehr abschreckendes Beispiel mit erschreckend arroganter Rücksichtslosigkeit! Bei anderen Problempunkten wie der Vielfachproblematik Fallwerk Jost am Rande der Wohngebiete ließ die Stadt ihre betroffenen Bürger jahre- und jahrzehntelang völlig im Stich und verwies auf den RP. Auch bei dem unrühmlichen Dauerstreit mit den Rest-Marktleuten in der schwer angeschlagenen Innenstadt konnten viele Alt-Mülheimer nur noch den Kopf schütteln und, oder, und

Doch das wohl heikelste Thema war und ist die Mülheimer Innenstadtverkehrsführung, die trotz Abermillionen verbautem Steuergeld und jahrelangen Großbaustellen für Ruhrbania und seine Verkehrsführung nicht besser geworden ist, im Gegenteil.

6. Die Flut von Strafanzeigen auch gegen MBT`ler zeigt, dass die Verwaltung und Teile der Politik ihre Pläne möglichst geräuschlos auch in den demokratischen Gremien durchziehen wollen, selbst wenn bereits kaum noch reparable Riesenschäden (finanziell und städtebaulich) angerichtet wurden wie bei Ruhrbania, der Innenstadt, der Verkehrsführung oder Speldorf. Den Baubeschluss zu Ruhrbania-Baulos 3 überhaupt noch zu fassen bei der gegebenen Haushaltskatastrophe und der verkorksten Verkehrsführung, ist z.B. völlig unverständlich, nicht mehr vermittelbar und verantwortungslos. Womit wir wieder u.a. beim Klöttschen wären, denn diese unausgegorene Straßenplanung ist ein Teil dieses Bauloses 3!

Zusammengefasst: Die Strafanzeige gegen den Klöttschen-Anwohner war völlig überflüssig und demokratieschädigend, weil mundtot gehaltene Bürger gegenüber der Stadt oder dem Staat in die innere Emigration gehen. Im Falle der DDR gingen sie auch in die äußere Emigration, angelockt auch durch Begrüßungsgeld. So gut haben wir Mülheimer es leider nicht!

Die NRZ Mülheim ist nur noch eine Rumpfredaktion und wird wohl den WAZ-Sparplänen zum Opfer fallen. Nichtsdestotrotz hat Redaktionsleiter Schönen zum Thema Strafbefehl den Vogel abgeschossen. In seinem Kommentar „Auf ein Wort: Lebendige Demokratie“ zu dem WAZ-Artikel in seiner NRZ schreibt er:

„Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Die MBI halten es für ein fragwürdiges Demokratieverständnis, wenn sich Beamte Beleidigungen verbitten. Die MBI meint: Der Bürger ist im Recht, weil er ein Bürger ist. Anstand, Respekt, Umgangsformen, Rechtsvorschriften? Das ist doch von gestern ... In diesem Stil verfährt die MBI selbst. Der Demokratie leistet sie damit ebenso einen Bärendienst, wie der „Bürger“, der für sich den Absolutismus wiederentdeckt hat. Wer im Tonfall irrt, kann in der Sache schwerlich Recht haben. Detlef Schönen“

Was um Himmels Willen will Herr Schönen mit dem Quatsch eigentlich wem sagen? Zur traurigen Geschichte der einst guten Wohnlage in der Straße Klöttchen

Vor ca. 30 Jahren wurde die enge innenstadtnahe Straße Klöttchen, die vorher als Sackgasse verkehrsberuhigt war, mit der Begründung zur Einbahnstr. als Hauptausfallstr. Ri. Norden gemacht, dies sei ein Provisorium wegen des U-Bahn-Baus. Das Provisorium wurde zum unerträglichen Dauerzustand für die Anwohner – bis heute! Inzwischen sind etliche Klöttchianer quasi vertrieben, eine Straßenseite des südlichen Teils wurde nach und nach von der Stadt aufgekauft, vergammeln lassen und abgerissen, bis auf ein Haus, das wehrhaft an ein berühmtes gallisches Dorf erinnert. Doch dieses Haus ist auch ein Mahnmal gegen verfehlte Stadt- und Verkehrsplanung.

Im Rahmen des Prestigeprojekts „Ruhrbania“ musste auch die ohnehin unübersichtliche Mölmsche Verkehrsführung neu gestaltet werden, weil mit der Ruhrstraße eine Hauptverkehrsstraße aus dem Verkehr genommen und mit Ruhrbania überbaut wurde. Für mehrere 10-Mio. € wurde deshalb mit

„Ruhrbania Baulos 1“ und „Ruhrbania Baulos 2“ die Innenstadtverkehrsführung in großen Maße und mit jahrelangen Großbaustellen umgebaut. Doch das Ergebnis ist noch schlechter als zuvor. (vgl. u.a. Urteil der Taxifahrer: *„Ruhrbania-Verkehrsführung Innenstadt eine Katastrophe!“* (WAZ Ende 2009.) Ähnlich sieht das auch die Mehrzahl aller Mülheimer/innen und noch mehr Auswärtige, die an der Mülheimer Verkehrsführung häufig schier verzweifeln. Beschlossen wurde vor Jahren auch noch „Ruhrbania Baulos 3“ (Niederlegung der Hochstr. Tourainer Ring und Ausbau Klöttchen als Hauptverkehrsstr. in beide Richtungen). Auch ein B-Plan „Klöttchen – Innenstadt 32“ wurde 2009 eingeleitet, womit hauptsächlich die fast ganz abgerissene Seite (s.o.) neu bebaut werden sollte mit dann mehr Platz für die Straße.



Wie im Bild rechts sah der Klöttchen bis Anfang 2009 aus, als auch das 2. Haus auf der rechten Seite abgerissen wurde.

Doch dann leitete die Stadt im Frühjahr 2012 überraschend einen extra Bebauungsplan im bzw. aus dem o.g. Bebauungsplan Klöttchen ein, der ausschließlich die Klöttchen-Straßenplanung zum Inhalt hatte. Auf die MBI-Frage, was das bezwecken sollte, gab es

keine Antwort. Erst jetzt erscheint klar, warum. Man will eine Handhabe für notwendige „Umlegungsverfahren“ haben, weil im nördlichen Teil der engen Straße noch Vorgärten gebraucht werden zum Ausbau des 2-Richtungsverkehrs der geplanten Hauptverkehrsachse. Wenn die Eigentümer nicht freiwillig verkaufen, will man notfalls ggfs. eben auch enteignen können bzw. per Vorkaufsrecht erwerben. Am 20. Nov. fasste der Planungsausschuss nun den Baubeschluss für „Ruhrbania Baulos 3“. Dem Ausschuss wurde aber nicht klar und deutlich gesagt, wie die Grundstücksfrage aussieht und der vorgelegte Plan war sehr unscharf.. Dann luden Klöttchen-Anwohner die WAZ zu einem Ortstermin. Der WAZ-Artikel vom 4.12. „Stadt trickst für Ausbau-Beschluss für Klöttchen“ führte bereits zu heftiger Reaktion der Verwaltung, die von Unwahrheit u.ä. sprach. Dabei hatte die WAZ nur von den Eigentümern gesprochen, die bereits von der Stadt wegen Grundstücksverkauf angegangen worden waren.